SkB Böhmer führte aus, aus seiner Sicht sei bei erheblichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben sowie Nachtragshaushaltssatzungen ein Kreistagsbeschluss erforderlich. Dies sei im Zusammenhang mit dem Budgetrecht des Kreistages zu sehen. Die Verwaltung verweise auf die nicht durch den Gesetzgeber konkretisierte Erheblichkeitsgrenze und führe hierzu die NKF-Handreichung des Innenministers an. Die NKF-Handreichung ergänze jedoch zum unbestimmten Rechtsbegriff der Erheblichkeit, dass diese durch den Kreistag nach den örtlichen Verhältnissen auszugestalten sei. Folglich nehme der Kreistag sein Budgetrecht nicht vollumfänglich in Anspruch, wenn er die Erheblichkeit nicht konkretisiere.

Abg. Dr. Bieber entgegnete, für eine zwingende Festlegung von Erheblichkeitsgrenzen gebe es keine Rechtsgrundlage. In der Vergangenheit seien keine Probleme im Hinblick auf die Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben oder dem Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung entstanden. Den Aufbau weiterer bürokratischer Hürden für die Verwaltung in Form von Wertgrenzen lehne seine Fraktion ab.

Abg. Hartmann interpretierte die Einführung von Wertgrenzen für über- und außerplanmäßigen Ausgaben dahingehend, dass dadurch die Sicherheit für die Verwaltung gestärkt werde, da der Kreistag frühzeitig über wesentliche Sachverhalte informiert werde. Er signalisierte Zustimmung für diesen Antrag, denn gerade bei Bauprojekten, die nicht in der Höhe zu beeinflussen seien, könnte man schnell an die Wertgrenzen stoßen.

Abg. Skoda schlug eine flexiblere Handhabung der Festsetzung von Wertgrenzen dahingehend vor, dass dem Finanzausschuss über- und außerplanmäßige Ausgaben angezeigt würden und dieser entscheide, ob eine Weiterleitung in den Kreisausschuss und Kreistag erfolgen müsse.

Abg. Steiner sah keine Notwendigkeit für die Einführung von Wertgrenzen, da die Verwaltung bisher in wesentlichen Dingen die Politik frühzeitig informiert habe. Sofern sich aufgrund eines Vorfalls die Notwendigkeit ergeben sollte, könne darüber diskutiert werden. Er habe vollstes Vertrauen in die Kreiskämmerin und die Verwaltung.

SkB Peter teilte die ablehnende Haltung zur Einführung von Wertgrenzen und verwies auf die Controllingberichte, die wirkungsvoll etwaige Veränderungen anzeigten.

Abg. Kemper nahm Bezug auf die Regelungen der Stadt Siegburg, die eine Wertgrenze für Ausgaben beinhalteten, die nicht gesetzlich vorgeschrieben seien, also freiwillige Leistungen. Der Grund für die Einführung von Wertgrenzen sei nicht im Misstrauen gegenüber der Verwaltung zu suchen, sondern im Budgetrecht des Kreistages, was eines seiner wichtigsten Rechte sei. Weiterhin sei es auch die Pflicht des Kreistages, die Verwaltung zu kontrollieren.

Abg. Hoffmeister entgegnete, die Controllingberichte seien ein gutes Mittel, um frühzeitig über Veränderungen informiert zu werden. Im Übrigen sei es eine bewusste Entscheidung des Kreistages, der Verwaltung zu vertrauen und keine unnötigen bürokratischen Hürden einzurichten.

Anschließend ließ der Vorsitzende über folgenden Beschlussvorschlag aus dem Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE sowie der Gruppe im Kreistag FUW vom 20.11.2015 abstimmen: